

bedeutsame von L. v. Reuten folgt nun im dem Verordnungs-Verfahren. Da ist eine zuverlässige Schlichtung dringend erforderlich. Die Mannschaften sind vielfach verkränkt durch die Schmelzezeit eines Kommandeurs werden für 7 Schwäne 8 Soldaten verwendet, wobei häufig ein teures Schweinebraten. (Geisterheil.) Ein warmer Wort der Anerkennung verdienen die Armierungssoldaten, die Mannschaften und die rote Kreuz-Schwärmer. Wieviel Soldaten sind ohne Einjährigenszeugnis Offizier geordnet? Ist es wahr, daß ein Geheimrat besteht, inwieweit an der Front in erster Linie Anbruch- und Reserveoffiziere zu bezeichnen sind? (Kriegsminister von Stein mit.) Kein Wort mehr davon. Bravo rechts! Dann nehme ich an, daß die Reserveoffiziere sollten zu Majoren befördert werden. Die Reserveoffiziere werden auch bei den Auszeichnungen von dem Eiernen Kreuz 1. Kl. benachteiligt. Die Klagen der alten Landsturmeinteile müssen jählicher und williger verfolgt werden. Die Modelle zum Straßengiebel entspricht unseren Forderungen von jeder. Das Belvedere ist für die Soldaten einfach historisch.

Kriegsminister von Stein: Abg. Müller-Meininger hat mehrfach Beschwerden ausgesprochen gegen eine Gruppe von Reuten, die brauchen für Blut gelassen haben und von denen der größte Teil draußen beerdigt liegt, gegen die alten Offiziere, zu deren Gunsten die Offiziere des Berufsstandes in vorderer Linie verwendet wurden. Wenn er, wie er selber sagt, nicht daran glaubt, dann muß er bedenken, daß seine Aufmerksamkeiten in der Öffentlichkeit ganz anders bewertet werden. Glaubt er selbst nicht daran, dann hat er auch nicht das Recht, es auszusprechen. (Murus links, Juris: Unrecht! Lebhaft Gegenrufe rechts.)

Abg. Voss (Köln): Die Gefangenbehandlung ist bei uns durchaus so milde gegenüber der Behandlung, die unsere Wehr in Ausland erfahren. Die Kommissäre feindselige Gerüchte sollten nun endlich von den Wehrführern einzelner Regimenter beseitigen. Bei der Entlassung aus dem Lazarett soll nicht auf die Leute eingewirkt werden, auf ihre Leute zu verzichten. Die Kriegsernährungsstellen Reute mit den Kriegsernährungsstellen sollten ausnahmslos eingezogen, dagegen die eingezogenen Untertanen freigegeben werden. Die Verdammten müssen die gleiche Ernährung bekommen wie die Stenographen.

General von Wisberg: Dem vorgebrachten Klagen wird nachgegangen und den Wünschen nach Möglichkeit entsprochen werden. Daß Urlaub nur gegen Gefährdung gewährt wird, trifft nicht zu. Gegebenfalls bitte ich um Material. Die Nachsichtnahme der Gefangen ist auf Auslass beifördernder Kriegsangelegenheiten ist notwendig, da die Soldaten sich befähigen beruht haben, ihnen ihre Ideen einzubringen. Daß ich keine Gefangenenschnittstelle, deren Verhältnisse nicht und Schuldigkeit. Wenn Soldaten bei Arbeits in Bereitschaft gehalten werden, so geschieht es, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, nicht um auf Vater und Mutter zu schießen. Dem Antrag der Verbreitung von Flugblättern mußte geteilt werden. Die Stimmung im Lager ist abgelenkt von einigen selbstverständlich vorhandenen Reuten, gut, sonst würden die letzten großen Erfolge unmöglich gewesen.

General Freiherr Langermann von Erlencamp: Dem Begnadigungsrecht wird reichlich Gebrauch gemacht, ebenso vom Straßenausweis, der in vielen Fällen zur Begnadigung führt. Wenn es vorgekommen ist, daß in einem Lazarett ein zu Entlassener schriftlich die Erklärung abgegeben sollte, auf eine Rente zu verzichten, um entlassen zu werden, so werde ich meine ganze Person dafür einsetzen, daß ich auch großer Antrag aufhöre. (Beifall.)

Abg. Hauptmann (Köln): Wünsche auf Beurteilung landwirtschaftlicher Arbeiter müssen möglichst berücksichtigt werden.

Darum wurde Bericht. Persönlich möglich. Abg. Dr. Müller-Meininger (Fortf. d. V.) Den Wunsch des Kriegsministers jurist. Der Kriegsminister habe sein Recht, den Abgeordneten vorzuschreiben, was sie hier vorzubringen hätten. Seine Antwort habe nicht der lokalen Form entsprechen, in der die Klagen vorgebracht worden seien.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Antrags- und Beratung der heutigen Beratung. Schluß gegen 7 Uhr.

Preussischer Landtag

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 13. Juni 1918.

Von Ministerialrat Dr. Schmidt. Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten wurde bei den Höheren Bestimmungen fortgesetzt.

Hr. Dr. von Geiser (Köln): Eine große Zahl von Lehrern ist auf dem Wege der Ehre gefallen, die in der Heimat geliebten seien mit verhöflicher Strafe für sich verurteilt. Unter der Herrschaft der humanistischen Bildung sind Preußen und Deutschland groß geworden. Der deutschen Geschichte muß besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Dagegen gehört der rein technische Unterricht in die Fachschulen und die Technischen Hochschulen. Damit alle in Folge des Krieges neu aufzunehmenden Schulfragen geistig werden können, wünschen wir das Aufblenden einer Einheitsfursorge werden meine Freunde zustimmen.

Abg. Wöhlermann (Hr.): Unsere höheren Schulen sollen eine Beschäftigung haben, aber für das Studium vorbereiten. Dem Antrag der Kommission auf hochschulrechtliche Erziehung stimmen wir zu. Die Konfessionen müssen auch beim Unterricht an den höheren Schulen berücksichtigt werden. Dadurch wird der konfessionelle Friede nicht gefährdet, sondern gefördert. Der Abg. Kraus hat gefordert, daß anstelle der römisch-katholischen Kirche die deutsch-katholische Kirche treten sollte, weil sonst die Gefahr des Internationalismus bestände. Namens meiner Freunde erkläre ich, daß nach unserer inneren Überzeugung die katholische Kirche mit dem Bismarck steht und fällt. Wir sind bereit, für den konfessionellen Frieden jedes Opfer zu bringen, aber es darf nicht das Opfer unseres Glaubens verlangt werden. Dem Antrag der Kommission auf weitere Ausgestaltung der Aufsichtsstelle für das Schulwesen stimmen wir zu.

Abg. Fering (Köln): Der Wunsch der Lehrer nach Gleichstellung mit den anderen öffentlichen Beamten sollte

erfüllt werden. Mit der konfessionellen Volksschule haben wir uns abgefunden, wir wünschen aber keine konfessionellen höheren Schulen. Wir bitten um Annahme des Antrages auf Schöpfung einer deutschen Einheitsfursorge. Abg. Gaffel (Fortf. d. V.): Die Übernahme von Schülern aus den Volksschulen in die höheren Schulen aus erleichtert werden. Wir wollen keine konfessionellen höheren Schulen und halten auch für die Volksschule die Einheitsfursorge an. Die höheren Schulen sind Gemeindeangelegenheiten und deshalb müssen auch die Städte eine Verfügungsberechtigung über die Schulen haben.

Kriegsminister Dr. Schmidt: Die Regelung der inneren Schulangelegenheiten muß in den Händen des Staates liegen, über die Bürger soll ein weitgehendes Verfügungsberechtigt zugehen werden. Auf Einberufung einer Schulkommission kann ich mich nicht verlassen. Wenn wir auch die Grundlagen der neuen Bildung zu prüfen haben werden, so müssen wir doch zunächst an dem festhalten, was wir erreicht haben. Wir müssen dahin streben, daß die Schüler in unseren höheren Schulen wirklich arbeiten lernen und zur selbständigen Arbeit erzoogen werden. Eine Voraussetzung ist die Vervollständigung. Man soll ihnen die Möglichkeit geben, sich weiter zu bilden. Ein Eingreifen des Reichs in andere Schulangelegenheiten würden wir nicht für gerechtfertigt halten. Bei der Aufnahme von konfessionellen Schülern in die höheren Schulen besteht volle Parität. Im Schulwesen besteht im allgemeinen keine beiden Konfessionen ein erfreulicher Friedenszustand. Bei der Konfessionalisierung der höheren Schulen soll man nicht über das heutige Maß hinausgehen. Dem Antrag auf Ausgestaltung der Aufsichtsstelle für das Schulwesen stimme ich wohlwollend gegenüber. Die Unterrichtsverwaltung ist bemüht, im Sinne der zahlreichen Anträge auf diesen Punkte zu wirken. (Schluß 5 Uhr.)

Die bevorstehende Erhöhung der Getreidepreise

Berlin, 13. Juni. (Anhalt.) Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Ein Berliner Blatt bringt in seiner heutigen Morgenausgabe eine Zuschrift aus Kreisen des Reichsbeirats über eine bevorstehende Heraushebung der Getreidepreise. Soweit in dieser Zuschrift von den Absichten des Kriegsernährungsamtes die Rede ist, sind diese falsch und unvollständig wiedergegeben. Eine eingehende Mitteilung darüber wird erfolgen, sobald der Bundesrat sich mit dem Angelegenheit befaßt hat. Schon jetzt ist aber festzustellen, daß die in dem Blatte für das kommende Wirtschaftsjahr erachtete Brotpreiserhöhung von 6 bis 8 Pfennig das Pfund gegenüber der Beratung zugrunde liegenden Entwürfen des Kriegsernährungsamtes um ein Vielfaches zu hoch angegeben ist.

Die ukrainisch-russischen Verhandlungen

Kiew, 12. Juni. Die Zeitungen berichten über die ukrainisch-russischen Verhandlungen. Die Verhandlungen sind in allen Punkten der Vereinigung der Demarkationslinie wird dem Truppenkommandanten überlassen. Mit den Verhandlungen über die Grenze der Ukraine soll sofort begonnen werden. Daher wurde die Frage der allgemeinen Demarkationslinie von der Tagesordnung abgesetzt. Vorläufig wurde keine Einigung erzielt über die Wiederaufnahme des Güterverkehrs, der Post- und Telegraphenverbindungen, sowie über die Densifizierung der Kolonisation. Die ukrainische Regierung ist laut Ministerialbeschluss gegen die Zulassung der Presse und des Publikums. Manuskript erklärte nach einem Ferngespräch mit Moskau, daß von einem ukrainisch-russischen Warenaustausch nur die Rede sein könne, wenn Getreide, und nicht nur der weniger wichtige Zucker gegen russische Getreide geliefert würde.

Amerikanische Schiffsräumnot

Bern, 12. Juni. Der „New-York Times“ vom 8. Juni zufolge erklärte Wilson, der Vorgesetzte des Schiffsräumnotschusses der Senatskommission der Vereinigten Staaten, Amerika habe keine Zeit für eine Erörterung der Schiffsräumnot zur Verfügung zu haben. Er hoffe inoffiziell aufrechtzuerhalten, daß das Land, das bereit ist das Leben seiner Söhne aufs Spiel zu setzen, den notwendigen Schiffsräumnot beschaffen werde, eines nachdes werden die Schiffsräumnot bis nächst Frühjahr bei durch US-amerikanische Schiffsräumnot zu machen. Man habe für den Transport von Kriegsmaterial und Lebensmitteln auf jeden Mann an der Front der Tonnen Schiffsräumnot zu rechnen. Eine Million Soldaten in Frankreich würden somit über Millionen Tonnen Schiffsräumnot erleben, die man nicht hätte.

Ein amerikanischer Dampfer versenkt

Washington, 12. Juni. (Reuter.) Der amerikanische Dampfer „Bimar del Rio“ wurde am Sonnabend auf der Höhe von Marlabud durch ein U-Boot versenkt. Die gesamte Mannschaft ist gelandet.

London, 13. Juni. (Reutermeldung.) „Daily Chronicle“ meldet aus New-York, daß nach Telegrammen aus Norfolk die U-Boote von einem U-Boot torpedierten amerikanischen Frachtdampfer „Bimar del Rio“ ergriffen, das U-Boot sei von einem Dampfer von ungefähr 6000 Tonnen mit grau angegriffenem Schornstein begleitet gewesen. Während das U-Boot angriff, blieb dieser Dampfer in einer Entfernung von 2-3 Meilen. Dann erhielt er den Befehl, dem U-Boot zu folgen. Hierauf versenkten beide Schiffe. Das U-Boot war schätzungsweise 200 Fuß lang.

Englische Sympathie für die tschecho-slowakische Bewegung

London, 13. Juni. (Reuter.) Balfour hat einen Brief an den Generalsekretär der tschecho-slowakischen Nationalrats in Paris Dr. Boves geschrieben, in dem er berichtet, die englische Regierung habe die größten Sympathien für die tschecho-slowakische Bewegung. Sie werde die Bewegung in demselben Sinne anerkennen wie die französische und italienische Regierung es getan haben, nämlich den tschecho-slowakischen Nationalrat als oberstes Organ der tschecho-slowakischen Bewegung in den alliierten Ländern und die tschecho-slowakische Armee als eine organisierte Einheit, die für die Sache der Alliierten kämpft.

Bulgarien und Griechenland

Wir leben in einer Zeit, wo die Ereignisse sich drängen, wo selbst Stepe, neben denen die unserer großen Siege verblieben, eben nur zur Kenntnis genommen werden. Aber erstens ist noch der Balkanfrage 1912/13? Damals im Herbst 1912 wurde das Schicksal der europäischen Länder entchieden. Serbien und Montenegro, Bulgarien und Griechenland leisteten sich in der Beute der Balcantenteil aber viel Bulgarien zu. Es erhielt Alt-Serbien, die Küste der Mittelmeeres mit Kanala, selbst Adrianopol, die Küste der Nordsee der anderen führte noch im Sommer 1918 zum zweiten Balkankrieg. Bulgarien stand ganz allein gegen Serbien, Griechenland, aus Rumänien trat jetzt, als der günstige Ausgang ihrer war, auf den Plan, und selbst die eben erst jünger gebildete Türkei. Es kam zum Frieden von Bukarest 30. Juni 1913. Bulgarien verlor Alt-Serbien, verlor Adrianopol an die Türkei, Kanala an die Griechen, es erhielt am Mittelmeer verbindende Eisenbahn zum Teil in türkischen Gebiet. Daß auch das ganze unbeliebte Rumänien die gute Gelegenheit nicht vorbegehen ließ, ohne den Nachfolgen um ein Stück Land zu berauben, ist nur kurz erwähnt.

Bulgarien kam auf Nach. Aber, wenn auch seine Teilnahme am Weltkrieg selbstverständlich war, seine klugen Staatsmänner ließen sich dafür einen Preis zahlen, seine Grenzregulierung auf Kosten der Türkei. Nun ist zwar das Schicksal Alt-Serbiens entchieden, es bleibt den Bulgaren und den Rumänen ist der Raub von 1913 entziehen, nicht aber die Dobrudscha, die 1878 an Rumänien kam. Gegen ihre Übertragung an Bulgarien erhob die Türkei Einspruch, es sei denn, daß jene 1915 vorgeschlossene Grenzregulierung richtigem gemacht würde. Dazu wäre Bulgarien auch in der Lage, wenn es einen anderen Vorschlag am Mittelmeer erlangen könnte, a. B. Kanala. Die Stadt aber gehört zu Griechenland.

Das Schicksal Griechenlands hat bei uns das größte Mitgefühl erregt. Wie bewundernswert das Schicksal hat der französische König Konstantin jahrelang seinem Lande, allem Drängen der Entente zum Trotz, den Frieden beharrt bis er endlich der Gewalt weichen mußte, und der Agon Frankreichs und Englands, der verfallene Venizelos tatsächlich Herr des Landes war, soweit es die beiden Mächte anliehen. So ist denn auch, wenn auch ohne eigenartige Kriegserklärung, Griechenland in die Reihe unserer Freunde eingetreten. In der Salonikifront stehen auch griechische Truppen und sind wiederholt mit den Bulgaren zusammengekommen. Aber in Deutschland sind die Sympathien für Griechenland noch nicht erloschen, und machen sich zuweilen in einer für die Bulgaren verhängnisvollen Weise bemerkbar. Wie man auch über Griechenland denken mag, Bulgarien ist unser Bundesgenosse, unser Waffenbruder, er kann verlangen, daß seine Feinde auch unsere Feinde sind, und daß wir beim Friedensschlusse für seine Forderungen eintreten, weil es seine wohl begründeten Forderungen sind. Und der Besitz von Kanala ist eine solche, weil von ihm indirekt das gute Verhältnis mit der Türkei abhängt, auf das es uns auch in Deutschland sehr ankommt. Allerdings möge Bulgarien den Satz „seine Feinde sind auch unsere Feinde“ im vollen Umfang betätigen. Noch hat es den Vereinigten Staaten von Amerika, unserem verbündeten Feinde, nicht den Krieg erklärt.

Die französische russische Soldaten behandelt

Berlin, 13. Juni. Wie ich nachher herausfindet, hat Frankreich die nach dem russischen Friedensschlusse im Vertrag verlangten Leute des russischen Giftstoffs in Frankreich unter dem Hinweis, dieser Friedensschlusse sei unglücklich, dadurch in sogenannte russische Regionen geschickt, daß es ihnen so lange verweigert. Das gab, bis ich nach dem Eintritt schließlich bereit erklärte. Ein Wunsch der Union Marocain ausgeübt und können nach dem jetzigen Standes als fast angezogen gelten.

Das „ritterliche“ Frankreich

Berlin, 13. Juni. Während die Franzosen immer wieder Greuelverbrechen aus den deutschen Gefangenlagern erfinden, zeigen die Auslagen zuridgeführter deutscher Gefangener, wie es in Frankreich um die Menschlichkeit der Gefangenen gegenüber sieht. Nicht nur, daß ihnen mit Selbstverständlichkeit sämtliche Verlegenheiten abgenommen wurden, ist auch die Hygiene und der Schutz gegen die Witterung gleich Null. Die Strafen sind unerschrocken hart. In Chambly mußten Bekannte für das geringste Vergehen täglich drei Stunden vormittags und drei Stunden nachmittags einen bis zu 40 Pfund schweren mit Sand gefüllten Tornister tragen.

Die englischen Kriegstredite

Amsterdam, 13. Juni. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Der Schatzkanzler wird am Dienstag im Unterhaus eine Redebühne von 500 Millionen Pfund Sterling einbringen. Der Gesamtetat, der während des Krieges gewährten Kredit mit Einschluß dieses neuen 7342 Millionen Pfund Sterling.

Englische Einmischung in russische Angelegenheiten

London, 13. Juni. (Reuter.) Im Unterhaus fragte See Smith, ob zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten ein Abkommen betreffend der Einmischung in russische Angelegenheiten zu Stande gekommen sei, und ob beschlossene wurde, daß Russland weitestgehende wirtschaftliche Hilfe zu leisten ist. Balfour erwiderte, der Bericht über den Abschluß eines Abkommens, durch welches auf einer Intervention in Russland verzichtet wird, treffe nicht auf Selbstverständlichlich wünschenswert. Russland auf wirtschaftlichem Gebiete beistand zu leisten.

Falschmeldung des italienischen Admiralsstabes

Wien, 12. Juni. (Reuter-Bureau.) Gegenüber der Meldung des italienischen Admiralsstabes, daß am Morgen des 10. Juni zwei italienische Torpedoboots eine österreichisch-ungarische Schiffabteilung ausgereift und einen Kreuzer vom Kap Wirius im Ionis mit einem Torpedostreifer und einem anderen mit zwei Torpedostreifern, sowie einem der verlassenen Torpedoboots jünger beschädigten, verneinen wir auf die gestern angegebene Mitteilung der österreichisch-ungarischen Marineleitung, daß der „Sant'Isidoro“ torpediert, aber weder ein anderes Schiff getroffen oder ein weiteres Raubzuges beschädigt wurde.

